

Gesellschaft für Alle

Grundeinkommen als positive Freiheit

Michael Opielka



Foto: Opielka

Die Idee einer „Gesellschaft für alle“ liegt dem demokratischen Wohlfahrtsstaat zugrunde. Zugleich wirkt sie vielen Beobachtern fern. Prozesse der Exklusion, von Armut und Arbeitslosigkeit, damit einer zunehmenden Entfremdung vieler Bürger gegenüber der Demokratie müssen als Warnsignale gelesen werden.

Der Vorschlag eines allgemeinen, unbedingten Grundeinkommens soll die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an der Gesellschaft garantieren. Er könnte die Idee auf eine materielle Grundlage stellen und damit die Identifikation mit der Gesellschaft und die soziale Integration befördern.

Selbstverständlich scheint, dass eine Demokratie auf der rechtlichen Gleichheit Aller baut, der Souverän sind wir. Und doch können wir von unterdessen mehr als einer Billion Euro weltweiter Hilfe aus unseren Steuergeldern für die Bankenspekulanten kaum anders als daran zweifeln. Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch hatte diese Zweifel feuilletonwirksam auf den Begriff der „Postdemokratie“ gebracht: „Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin

vollkommen intakt sind (...), entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert.¹ Gesellschaft für wenige, die Ohnmacht wird greifbar.

In einem Interview umschreibt sie der Büchnerpreisträger Josef Winkler: „Die Patriarchen“, er meint nicht nur seinen 99jährig gestorbenen Vater, „unter denen wir aufgewachsen sind, gibt es vielleicht tatsächlich nicht mehr. Es gibt Autoritäten, die viel unfassbarer sind, die ihre Macht viel heimlicher ausüben. Wir hatten unsere Autoritäten direkt vor Augen, sie waren da. Und so konnten wir auch lernen, sie zu bekämpfen. Ich weiss nicht, ob die Autoritäten im heutigen Gefüge der Menschen angenehmer sind. Sie sind anonym und sind deshalb auch nicht zu zertrümmern. Und wir wissen nicht, mit welcher Wucht diese unsichtbaren Kräfte auf unsere Kinder einschlagen. Ich habe meinen Schmerz noch benennen können.“² Das ist es wohl. Wir müssen benennen können, den Schmerz, den Ohnmacht, unsere Wünsche. Wir brauchen die Worte zum Leben, Worte, die unsere Erfahrung und unser Begehren benennen. Die Idee des Grundeinkommens scheint eines dieser Worte zu sein.

Wir wollen über die Idee des Grundeinkommens als positive Freiheit nachdenken. Vor fünfzig Jahren, in seinem Essay „Two Forms of Liberty“ unterschied der Philosoph Isaiah Berlin folgenreich zwischen positiver und negativer Freiheit, zwischen Freiheit zu und Freiheit von.³ Berlin war, wie die meisten liberalen Philosophen, skeptisch gegenüber positiven Freiheiten. Sie versprechen, so seine Befürchtung, eine einzige Wahrheit. Bei einem antiken griechischen Dichter, Archilochos, entnahm er die Unterscheidung von Füchsen und Igel: „Der Fuchs weiß viele verschiedene Sachen, der Igel aber nur eine.“ Goethe war ihm ein Fuchs, Hegel ein Igel. Ich schätze beide und nehme nichtsdestotrotz Berlins Mahnung ernst. Das Grundeinkommen ist eine großartige Idee. Doch es ist keine ei-

erlegende Wollmilchsau. Es gibt viele großartige Ideen. Das Grundeinkommen genügt nicht. Aber es ist gleichwohl unverzichtbar. Warum?

Ein Grundeinkommen ist das Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen, das jedes Mitglied einer Gesellschaft an diese Gesellschaft unabhängig von Leistung und Herkunft beanspruchen kann. Eine Gesellschaft mit Grundeinkommen ist eine andere Gesellschaft als die heutige. Sie ist eine Gesellschaft für alle. Ihre Institutionen richten sich zuerst, so die Idee, an den Menschenrechten aus. Eine Grundeinkommensgesellschaft ist kein Paradies, in dem Milch und Honig fließen. Auch in ihr wird gearbeitet, wird es Konflikte geben, Verlierer und Gewinner, wird Leistung gefordert, wird es Angst geben und ihre Überwindung. Aber sie hat die Armut überwunden. Etwa die Hälfte des gesellschaftlichen Einkommens wird vorgängig vor aller weiteren Verteilung über Arbeit oder Vermögen allen Bürgern als Grundrecht garantiert. Eine Grundeinkommensgesellschaft ist eine reiche Gesellschaft, die ihren Reichtum allen Mitgliedern zugänglich macht.

Diese „konkrete Utopie“ wirft gewiss viele Fragen auf. Ein Grundeinkommen ist nicht einfach eine Sozialtechnologie, die von Experten bedacht und umgesetzt werden mag, sondern eine äußerst innovative Gesellschaftsidee, ein vierter, „garantistischer“ Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, genauer: zwischen Liberalismus, Sozialismus und Konservatismus. Sie erfordert die Demokratie und sie erweitert, ja erneuert die Demokratie. Ohne Experten wird das Grundeinkommen nicht kommen, ohne die Bürgerinnen und Bürger nie, jedenfalls nicht gut.

Das 21. Jahrhundert ist durch eine verwirrende Gleichzeitigkeit von Globalisierung und Individualisierung gekennzeichnet. Das wirft erneut die Frage nach der Möglichkeit sozialer Ordnung, also von Gesellschaft auf, die zwischen den Einzelnen und einer unübersichtlichen Welt vermittelt. Eine wesentliche Rolle spielt dabei der Wohlfahrtsstaat, der zentrale Funktionen traditioneller Gemeinschaften, vor allem der Familie übernahm. Wenn man dem Gedanken



Foto: Opielka

Michael Opielka

Prof. Dr. rer. soc. habil. Michael Opielka, Dipl. Päd., geb. 1956 in Stuttgart.

Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Jena, Fachbereich Sozialwesen (seit 2000); Privatdozent am Department Sozialwissenschaften d. Universität Hamburg; Geschäftsführer des Institut für Sozialökologie (ISÖ) in Königswinter; Lehrbeauftragter an der Universität Bonn (Institut f. Diakoniewissenschaft, Studiengang Sozialmanagement).

Studium der Rechtswissenschaften (Univ. Tübingen und Zürich), Erziehungswissenschaften (Univ. Tübingen), Ethnologie und Philosophie (Univ. Bonn). Diplom in Erziehungswissenschaften (Univ. Tübingen, 1983), Promotion in Soziologie (Humboldt-Universität zu Berlin, 1996, Betreuer: Prof. Dr. Claus Offe/Prof. Dr. Richard Münch); Habilitation für Soziologie (Universität Hamburg, 2008).

Berufsbiographie: Rektor der Alanus Hochschule Alter, der ersten staatlich anerkannten, privaten Kunsthochschule in Deutschland (1997-2000); Abteilungsleiter am Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (1995-6); Leitungsmittglied der Karl-Kübel-Stiftung für Kind und Familie (Bensheim); Visiting Scholar an der University of California, Berkeley (Dept. of Sociology, 1990-1, School of Social Welfare, 2004-5); wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Tübingen, am Sozialwissenschaftlichen Institut der Universität Düsseldorf sowie am Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (ISAB) Köln; wissenschaftlicher Referent der Bundestagsfraktion der Grünen (1983-1987).

Forschungsschwerpunkte: Sozialpolitik, Religions- und Wissenssoziologie, Familien- und Bildungsforschung, Soziologische Theorie, Kulturtheorie.

Aktuelle Forschungsprojekte: u.a. „Wahrnehmung von Bedrohung – Europa und die islamische Welt“ (mit Prof. Dr. Jamal Malik, Univ. Erfurt), „Evaluation Thüringer Familienoffensive“ (mit Prof. Dr. Michael Winkler, FSU Jena).

Nähere Infos:

<http://www.iso.e.org/>
<http://www.sw.fh-jena.de/fbsw/profs/michael.opielka/>

e-mail: michael.opielka@fh-jena.de

folgt, dass die Gesellschaft durch einen fiktiven Vertrag begründet wird und nicht einfach als ein System hierarchischer Herrschaft verstanden werden kann, so stellt sich die Frage, wie dieser Gesellschaftsvertrag (Jean Jacques Rousseau, John Rawls) unter den neuen Bedingungen aussehen soll. Dass die Antwort auch angesichts der aktuellen globalen Finanzmarktkrise die Idee des Grundeinkommens einschließen muss, erfordert erheblichen Begründungsaufwand.

Ich möchte mit der Begründung der Komplexität unserer Wirklichkeit gerecht werden. Unsere soziale Ordnung folgt dem Wesen des Menschen. Wir können vier Weltverhältnisse des Menschen unterscheiden: wir passen uns der Natur an, treten in wirtschaftlichen Verhältnissen im Modus der Arbeit mit ihr und anderen Menschen in materiellen Austausch. Wir sind, zweitens, Willenswesen, versuchen unsere Interessen strategisch durchzusetzen und treten in politische Verhältnisse. Zum dritten sind wir fühlende Wesen, wir kommunizieren und handeln damit in gemeinschaftlichen Verhältnissen. Schließlich und viertens sind wir Denkwesen, wir handeln sinnhaft, als Ich, und finden uns in geistigen, legitimativen⁴ Verhältnissen. Diese vier Weltverhältnisse finden wir in der Gesellschaft wieder, in ihren hochdifferenzierten Teilsystemen von Wirtschaft, Politik, Gemeinschaft und Legitimation. Wirtschaft und Politik sind uns vertraut. Das Gemeinschaftssystem ist weniger bekannt. Dazu gehören Bildung, Wohlfahrt, Öf-

fentlichkeit und Kunst. Auch das Legitimationssystem ist nicht bekannt genug und doch gehören Wissenschaft und Religion weder zu Politik noch zur Wirtschaft. Warum diese Unterscheidungen? Sie können uns zeigen, dass unsere soziale Ordnung fein gefügt ist und verletzlich. Sie können uns auch zeigen, dass jede große Sozialreform auf allen Ebenen bedacht werden muss.

Wenn wir über die Idee des Grundeinkommens nachdenken, dann erscheint sie den einen intuitiv so gerecht wie anderen ungerecht. Da kann etwas Ordnung im Denken nicht schaden. Denn was wir gerecht nennen, folgt womöglich der Ordnung von Mensch und Gesellschaft. So erscheint Liberalen und der Mehrheit der Ökonomen gerecht, was der Leistung am Markt entspricht. Sozialisten wiederum halten für gerecht, was durch den Staat via Umverteilung an Gleichheit erreicht werden kann. Konservativen erscheint gerecht, was in Gemeinschaften, vor allem in Familien und hierarchischen Schutzverhältnissen an tatsächlichem Bedarf beurteilt wird. Damit haben wir die drei hergebrachten politischen Lager und ihre Gerechtigkeitsideen benannt: Leistungsgerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit, Bedarfs-gerechtigkeit. Es fehlt das vierte Lager. Es ist politisch noch unklar geformt, die grüne Idee der Ökologie und die mit ihr gestellte Gattungsfrage nach dem Überleben aller kommt ihm nahe. Sie verweist auf die Menschheit, politisch auf die Menschenrechte. Ihr Gerechtigkeitsgedanke ist die Idee der Teilhabegerechtigkeit.

Hier scheint auf den ersten Blick die Idee des Grundeinkommens ihre neue Heimat zu finden. Aber wir werden sehen, dass alle vier Lager, alle vier Gerechtigkeitsideen – Leistung, Gleichheit, Bedarf und Teilhabe – ein Grundeinkommen befürworten können.⁵

Gehen wir Schritt für Schritt vor. Beginnen wir mit der wirtschaftlichen Seite des Grundeinkommens und hören wir zunächst nicht auf die Ökonomen. Die Frage, ob ein Grundeinkommen dem Menschen entspricht, hat der Psychoanalytiker Erich Fromm vor vielen Jahren (1966) bejaht: „Der Übergang von einer Psychologie des Mangels zu einer des Überflusses bedeutet einen der wichtigsten Schritte in der menschlichen Entwicklung. Eine Psychologie des Mangels erzeugt Angst, Neid und Egoismus (was man auf der ganzen Welt am intensivsten in Bauernkulturen beobachten kann). Eine Psychologie des Überflusses erzeugt Initiative, Glauben an das Leben und Solidarität. Tatsache ist jedoch, dass die meisten Menschen psychologisch immer noch in den ökonomischen Bedingungen des Mangels befangen sind, während die industrialisierte Welt im Begriff ist, in ein neues Zeitalter des ökonomischen Überflusses einzutreten. Aber wegen dieser psychologischen ‚Phasenverschiebung‘ sind viele Menschen nicht einmal imstande, neue Ideen wie die eines garantierten Einkommens zu begreifen, denn traditionelle Ideen werden gewöhnlich von Gefühlen bestimmt, die ihren Ursprung in früheren Gesellschaftsformen haben.“

*„Eine Psychologie des Mangels erzeugt Angst, Neid und Egoismus... eine Psychologie des Überflusses erzeugt Initiative, Glauben an das Leben und Solidarität.“
Erich Fromm.*



Foto: dpa

Fromm sah gleichwohl, dass ein Grundeinkommen nicht viel Gutes bewirkt, wenn das kapitalistische Prinzip des „maximalen Konsums“ ungebrochen bliebe. Es müsste vielmehr in ein „System des optimalen Konsums“ verwandelt werden. Darunter schwebte ihm vor, den Anteil der öffentlichen Güter und Dienstleistungen erheblich auszuweiten, „dass man das Problem des garantierten Einkommens auch so lösen könnte, dass man alles zum Leben Notwendige – im Sinne eines festgelegten Minimums – kostenlos bekäme, anstatt es bar bezahlen zu müssen.“⁶ Der Gedanke erinnert an Paul Lafargue, den Schwiegersohn von

Karl Marx, der sich in seiner Schrift *Das Recht auf Faulheit* gegen die Forderung nach einem „Recht auf Arbeit“ stellte und die unkritische Konsum- und Wachstumshoffnung der marxistischen Revolutionäre kritisierte. Die sozialistische Version des Grundeinkommens – öffentliche Versorgungsangebote statt Geld ohne Auflagen – hat sich freilich, bisher jedenfalls, kaum bewährt. Entscheidend bleibt der psychologische Gedanke einer grundlegenden Sicherheit.

Entscheidend ist damit die Beantwortung der Frage, wozu Wirtschaft dient. Sie dient der Bedarfsdeckung. Würde ein Grundeinkommen dieses Ziel gefährden oder befördern? Die Frage nach Nutzen und Funktion der Wirtschaft muss freilich mit der Frage verknüpft werden, ob alle an ihr und in gleicher Weise teilhaben. Das ist offensichtlich nicht der Fall. Vermögen, Kapital ist äußerst ungleich verteilt. Und auch die Zugangschancen zum Arbeitsmarkt sind keineswegs für alle dieselben. Die Soziologin Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin, argumentierte in einem *Wer würde dann noch arbeiten?* überschriebenen Gespräch mit Götz Werner, dem bekannten Grundeinkommensbefürworter, skeptisch: „Für Sie wären 800 Euro Gold wert gewesen, weil sie gute Voraussetzungen hatten, vor allem eine gute Ausbildung. Auch ein Grundeinkommen schafft nicht automatisch gleiche Zugangschancen. Dieses Gerechtigkeitsprinzip ist in unserer Gesellschaft durchbrochen. Menschen mit niedriger Bildung bekommen schlechte oder keine Jobangebote. Sie vertreten da ein elitäres Konzept. Denen, die viel haben, wird noch mehr gegeben. (...) Mit 800 Euro im Monat wären die Menschen noch viel zu sehr mit ihrem Überleben beschäftigt. Es müsste viel mehr sein, 2000 oder 2500 Euro, was nicht finanzierbar wäre.“⁷

Sicherlich, 800 Euro im Monat für eine Person ist nur wenig mehr als die derzeitige Armutsgrenze, nur wenig mehr als Hartz IV-Empfänger erhalten. Doch bei einem Grundeinkommen wäre das Überleben gesichert. Wenn man mehr will und fast alle wollen mehr, so dann wird man dafür sorgen müssen. Doch es ist dann keine Sorge mehr für das



Foto: Wilson Urtaub, pixello

Überleben, sondern für das gute Leben. Das ist ein großer Unterschied. Darum haben auch viele marktfreundliche und selbst marktreligiöse Ökonomen wie Milton Friedman für ein Grundeinkommen plädiert. Die Befürchtung, dass ein Grundeinkommen die Bereitschaft unterhöht erwerbstätig zu sein, wird von ernsthaften Ökonomen kaum mehr vorgetragen. Im Gegenteil, sie erhoffen sich eine Dynamisierung des Arbeitsmarktes, weil nun auch geringe Einkommen die Leistungsmotivation nicht mehr unterminieren. Jedes zusätzliche Einkommen erhöht in einem Grundeinkommenssystem das Haushaltseinkommen in relevanter Weise. Armut wäre gebannt und das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit gewahrt, zumindest, was den Zugang zum Arbeitsmarkt betrifft.

An dieser Stelle werden freilich neue skeptische Stimmen laut. Sie kommen aus der zweiten Gerechtigkeitsebene, von Sozialdemokraten und Sozialisten. Sie befürchten, dass ein zu niedriges Grundeinkommen das Gerechtigkeitsprinzip der Gleichheit verletzt. Das ist ein berechtigter Einwand. Ein gleiches, aber lächerlich geringes Einkommen für alle schafft keine Freiheit für alle. Gleichheit ist die Ebene des Rechts, die geistige Grundlage der Demokratie. Doch auf ihr herrscht schnell Durcheinander. Auf der Homepage der *Frank-*

furter Allgemeinen Zeitung fand sich ein Durcheinanderfrageantwortspiel zu unserem Thema: „Wie kann Armut in Deutschland wirksam bekämpft werden?“ Vier Antworten wurden dem Publikum vorgelegt:

- Der Arbeitsmarkt muss noch weiter liberalisiert werden, dann löst sich das Problem von selbst.
- Armutsbekämpfung fängt in der Schule an - solide Bildung für alle ist der einzige Ausweg.
- Gerade jetzt in der Finanzkrise muss der Staat die Konjunktur stützen, sonst wird alles schlimmer.
- Wir sollten nicht hier die Armut bekämpfen, sondern lieber in den Entwicklungsländern!

Was soll der geneigte Leser antworten? Ein liberalisierter Arbeitsmarkt ohne Grundeinkommen löst das Armutsproblem empirisch selbst im konjunkturellen Schwung nirgendwo; Bildung für alle ist unverzichtbar, doch keine Armutsvermeidungsgarantie; staatliche, keynesianische Ausgabenprogramme für öffentliche Güter sind hilfreich, aber geben wir Banken und Eigenheimbesitzern, bleibt Armut übrig; schließlich ist die Armut in weiten Teilen der Welt kein Grund, von der Armut hierzulande abzulenken. Vier mögliche Antworten, wie zufällig aufgeklaut, aber es fällt auf: Die Antwort „Ein Grundeinkommen soll eingeführt werden“ fehlte.



Foto: Klaus Ulve Gerhardt, pixelto

Das ist misslich, weil die Möglichkeiten der Politik unterschätzt werden, die Gleichheit zwischen den Menschen zu befördern. Man mag einwenden, dass Gleichheit auf niedrigem Niveau doch keine Gleichheit sei. Es sei viel sinnvoller, die Arbeitsmarktintegration zu fördern und sei es mit staatlichem Zwang. Wenn alle Arbeitnehmer seien, dann könnten sie auf dem Arbeitsmarkt mit Hilfe der Gewerkschaften für Gleichheit kämpfen. Das ist das Programm der „Agenda 2010“, von Hartz IV. Es wird nach wie vor verteidigt. Karl Lauterbach, Professor für Gesundheitsökonomie und sozialdemokratischer, dem linken Parteiflügel zugerechneter Bundestagsabgeordneter argumentierte in einem Beitrag unter dem lustigen Titel *Ein Hartz für Arme* so: „Erstens wurde der Druck auf Arbeitslose, Arbeit zu suchen, erhöht. Sie verloren schneller ihren Lebensstandard und ihr in der Regel kleines Vermögen. Zweitens wurden die Möglichkeiten des Zuverdienstes bei Bezug von Arbeitslosengeld erweitert. Und drittens wurde es einfacher, bei niedrigem Einkommen hinzuverdienen. Alle drei Maßnahmen haben dazu geführt, dass die Löhne im Niedriglohnbereich auf ein Niveau gesunken sind, zu dem die Problemgruppen vermittelt werden konnten.“⁸ Dass dieser Erfolg um den Preis der Verletzung von Gleichheit und Würde erzielt wurde, könnten diejenigen berichten, die keine beamteten Professoren sind. Der Gerechtigkeitswert der Gleichheit schließt Autonomie ein. Bürgersein muss mit Würde und Respekt verknüpft sein, mit Anerkennung, wie Hegel erkannte.

Positive Freiheit, Freiheit zu, ist mit

sozialer Demokratie, mit sozialistischem Denken auf das engste verknüpft. Daher war der Liberale Berlin skeptisch und befürchtete ein anderer Liberaler, der Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek, spiritus rector der Freiburger Schule, vor 50 Jahren, dass mehr als 10% Staatsquote Sozialismus bedeute. Das haben wir heute überall. Öffentliche Güter haben für die übergroße politische Mehrheit ihren Schrecken verloren, mehr noch, die Menschen sehen, dass sie in einer hoch arbeitsteiligen, globalisierten Welt unverzichtbar sind. Gleichheit ist, wie Bevölkerungsumfragen den irritierten Eliten vorhalten, ein Wert der Deutschen – und der Europäer. Gleichheit steht, so könnte man das deuten, als Symbol für Sicherheit.

Das Institut für Demoskopie Allensbach stellt seit 1955 die Frage: „Würden Sie gerne in einem Land leben, in dem es keine Reichen und Armen gibt, sondern alle möglichst gleich viel haben?“ Die Antworten der Deutschen – bis 1989 nur der Westdeutschen – überraschen: 1955 wollten das 49% nicht, 40% schon. Die 1960er Jahre brachten eine Kehre: 1971 antworteten 51% mit Ja und 37% nein. Während die Ja-Antworten auch 2008 mit 47% relativ hoch waren, sank der Anteil derjenigen, die ausdrücklich widersprechen: nur noch 29% der Deutschen wollen in einem solchen Land lieber nicht leben. In derselben Befragung sahen 67% der Deutschen in der Aussage: „Der Staat sorgt für eine Grundsicherung, damit niemand in Not gerät“ einen Ausdruck sozialer Gerechtigkeit.⁹ Wir sind also nicht einsam in Deutschland, wenn wir mit der Idee des Grundeinkommens auch die Idee der Gleichheit

verfolgen – einsam sind wir nur unter den Eliten.

40% der Delegierten der grünen Bundesdelegiertenkonferenz in Nürnberg (2007) wollten ein Grundeinkommen, doch im Bundestag war noch keine Rede dafür zu hören, nur ein Abgeordneter, Wolfgang Strengmann-Kuhn, bekennt sich öffentlich zur Idee. Lauterbach ist mit seinem Ja zu Hartz IV und gegen ein Grundeinkommen Mainstream in der Sozialdemokratie, einflussreiche, öffentlich bekannte Grundeinkommensbefürworter kennt die Partei noch nicht. Die FDP hat das Bürgergeld, eine sparsame Variante des Grundeinkommens, seit 1996 als Programm, doch verkürzt als Wirtschaftsliberalisierungsprojekt und nicht als Projekt liberaler Politik grundlegender Gleichheit. In der CDU hat sich Dieter Althaus, Thüringer Ministerpräsident, mutig zur Idee des Grundeinkommens bekannt. Aber auch er fand nicht sehr viele Miteliten. Es ist ein merkwürdiger Bruch zwischen oben und unten in Deutschland in Sachen Gleichheit und Gerechtigkeit.

Ende 2006 stellte die Bertelsmann-Stiftung gut 1000 deutschen Abgeordneten aus Ländern, Bund und Europa, repräsentativ ausgewählt, die Frage, die Allensbach seit Jahrzehnten allen Bürgern stellt: „Wie sehen Sie das: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse – ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht?“ 60 % der Mandatsträger sagten Ja, 28 % Nein, der Rest wusste nicht. Bei der Bevölkerung ist es genau umgekehrt: Ende 2006 sagten 56 % Nein, im Sommer 2008 sogar 68 %.¹⁰ Ist das schon „Postdemokratie“ – oder schlicht die Abgehobenheit der Eliten, die Unfähigkeit zu Fühlen, was die Nicht-Beamten bewegt, was ihnen Sorge macht?

Kommen wir zum dritten Gerechtigkeitsfeld und seiner Bedeutung für das Grundeinkommen. Es ist die Welt der Gemeinschaft, des Kommunitarischen, die Welt von Liebe, sozialer Integration, von Wärme und Anerkennung, von Familie und sozialem Engagement. Es ist die Welt des Konservativen, wie der sizilianische Fürst in Tomasi di Lampedusas Roman „Der Leopard“ durch seinen

Neffen belehrt wurde: „Wenn alles so bleiben soll, wie es ist, muss sich alles ändern.“ Hier herrscht die Gerechtigkeitsidee des Bedarfs, nur die „wirklich Bedürftigen“ sollen etwas bekommen. Beurteilen kann es nur die Gemeinschaft, der pater familias, der Stammesführer, der Chef, der Oberbeamte. Das klingt wie eine Karikatur des Konservativen, mag man einwenden und dagegenhalten, dass für moderne Konservative Gemeinschaft und die Idee der Bedarfsgerechtigkeit kein Widerspruch ist zu Leistung und Gleichheit, zu Markt und Staat. Gleichwohl, der Geruch des Konservativen, das innere Jerusalem ist die Gemeinschaft, meist mythisch überhöht, Volk, Vaterland, Familie, Stand. Passt das zur Idee des Grundeinkommens? Einfach ist es nicht. Dieter Althaus hat es vorgemacht. Im Übrigen auch Lady Juliet Rhys-Williams, die erste Autorin einer „Negativen Einkommensteuer“ im England der 1940er Jahre war eine Konservative. Der kluge Konservative weiß, dass Gemeinschaft mit Kuhwärme allein in einer modernen globalisierten Welt verdampft. Man muss nicht gleich an „Volksgemeinschaft“ oder – weniger kontaminiert – an die schwedische Idee des „Volksheimes“ denken, des umfassenden Wohlfahrtsstaats, um Gemeinschaft weiter zu fassen. Der Wohlfahrtsstaat ist eine Form der gesellschaftlichen Gemeinschaft. Und was spricht dagegen, Gemeinschaft und Bedarf moderner zu denken, ganz vom Einzelnen her, Gemeinschaft als Form des freien Willens, Bindung als Folge von Freiheit zu verstehen?

Unterhalb dieser abstrakten Gedanken findet sich die Wirklichkeit der Familien. Sie setzt, recht gedeutet, Impulse für ein Grundeinkommen. Die Idee des Erziehungsgehaltes, vertreten von Linken, wie der La-

fontaine-Ehefrau Christa Müller, wie von Konservativen, so der CSU in Form des „Betreuungsgeldes“, der Anerkennung der Erziehungsleistung als gesellschaftlicher Arbeit, ist durchaus mit der Idee des Grundeinkommens verwandt.¹¹ Ein Grundeinkommen anerkennt die Leistung in Gemeinschaften pauschal, ohne Nachweis.

Nun haben wir drei Begründungsebenen des Grundeinkommens besucht, drei Versuche, „Gesellschaft für alle“ in den Ideenwelten der vorfindlichen drei politischen Lager und ihren Ordnungsleidenschaften zu entdecken.

Wir kommen nun zur vierten, letzten und sicher komplexesten. Es ist die Welt der Ideen selbst, die Welt des Sinns, geordnet durch Wissenschaft und Religion vor allem. Ihre markante Form nimmt heute die Zivilreligion der Menschenrechte ein. Inklusion aller in alle Funktionssysteme der Gesellschaft, so hat einmal Niklas Luhmann, anschließend an den großen amerikanischen Soziologen Talcott Parsons, die Aufgabe des Wohlfahrtsstaates benannt. Teilhabe aller an allen Funktionssystemen – diese Inklusion ist das Wertprogramm der modernen Sozialpolitik, das Programm gegen die Exklusion, gegen den Ausschluss. Die Pointe und zugleich der philosophische Lackmustest ist das Kriterium der Voraussetzungslosigkeit, der Bedingungslosigkeit. Menschenrechte, Grundrechte gelten unbedingte. Ihre Grenze ist allein das Grundrecht des anderen. Das Recht auf freie Rede hat Jahrhunderte gewartet und ist noch heute fragil. Die negativen Freiheiten, die Grundrechte gegen eine übermächtige Herrschaft bleiben unverzichtbar und müssen gegen Monopole und Fanatiker immer wieder erkämpft werden. Wir sind hier-

zulande tolerant geworden, wir halten es aus, wenn negative Freiheiten gebraucht, ja selbst, wenn sie missbraucht werden.

Halten wir das auch aus, wenn es um die positive Freiheit des Rechts auf ein Einkommen geht? Warum fällt es so vielen so schwer auch dem Armen zuzugestehen, dass er mit seinem Geld schlecht wirtschaftet? Warum schimpfen Medien und Politiker über popcornessende, schlichtfernsehende Prekariatsmitglieder und sprechen mit neidvollem Respekt über die Luxusgewohnheiten der Empfänger staatlicher Banken- und Steuersubventionen?

Vielleicht hat die weltweite Finanzkrise darin ihr Gutes. Sie kann zeigen, dass unbedingte Rechte, dass das Recht auf ein Grundeinkommen ein wenig mit Wirtschaft und Leistung, viel mehr aber mit den drei anderen Dimensionen des Menschen- und Gesellschaftswesens zu tun hat: mit der Gleichheit von Recht und Politik, mit der Anerkennung in Gemeinschaften und, vielleicht am meisten, mit dem Respekt vor dem Sinn eines jeden Lebens. Das Grundeinkommen als Menschenrecht in einer Gesellschaft für alle. Das ist viel.

Literaturhinweise:

- 1) Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt: Suhrkamp 2008, S. 13
- 2) „Ich bin ein ewiger Ministrant“. Gespräch mit Josef Winkler, in: *Neue Zürcher Zeitung* v. 1.11.2008
- 3) Isaiah Berlin, *Two Forms of Liberty* (zuerst 1958), in: *ders., Liberty*, Oxford u.a.: Oxford University Press 2002, S. 166-217
- 4) Michael Opielka, *Gemeinschaft in Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons*, 2. Aufl., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2006
- 5) Michael Opielka, *Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven*, 2. Aufl., Reinbek: Rowohlt 2008; *ders., Gerechtigkeit durch Sozialpolitik?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 8-9, 2006, S. 32-38; *ders., Grundeinkommen als Sozialreform*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 51-52, 2007, S. 3-10.
- 6) Erich Fromm, *Psychologische Aspekte eines garantierten Einkommens für alle*, in: Michael Opielka/Georg Vobruba (Hrsg.), *Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung*, Frankfurt: Fischer 1986, S. 20, 26, 24
- 7) „Wer würde dann noch arbeiten?“ Jutta Allmendinger und Götz Werner im Gespräch, in: *chrismon*, 10, 2008, S. 41
- 8) Karl Lauterbach, *Ein Hartz für Arme*, in: *Die Zeit*, Nr. 40, 25.9.2008, S. 15
- 9) Thomas Petersen, *Die gefühlte Ungerechtigkeit*, in: *FAZ* v. 23.7.2008
- 10) Robert B. Vehrkamp/Andreas Kleinsteuber, *Soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter deutschen Parlamentariern, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2006, S. 6 sowie Petersen (Fn. 9)*
- 11) Michael Opielka, *Geld mit Liebe. Materielle Stärkung der Familie oder Vergesellschaftung ihrer Funktionen?*, in: *vorgänge*, 183, 47. Jg., Heft 3, 2008, S. 32-46



Michael Opielka

GEMEINSCHAFT IN GESELLSCHAFT

Soziologie nach Hegel und Parsons
 VS-Verlag für Sozialwissenschaften
 2., überarb. Aufl. 2006. 532 S. mit 23 Abb. Geb.
 EUR 59,90 - ISBN 3-531-34225-8

Aus dem Inhalt:

Der soziologische Gemeinschaftsdiskurs - Theorie der Viergliederung - Gemeinschaft nach Parsons - Kommunikation als Gemeinschaft - Sinn ohne Gemeinschaft - Der Wert der Gemeinschaft - Gemeinschaft heute - Gemeinschaft als Chance